

Glaubwürdige Klimafinanzierung

Für die ärmsten unter den Entwicklungsländern müssen europäische und andere Industrieländer die Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen übernehmen, die der Vermeidung von Treibhausgasen sowie der Anpassung an die Folgen des Klimawandels dienen. Dieser Plan sollte zügig in die Tat umgesetzt werden. Die Investitions- und Infrastrukturrentscheidungen von heute prägen den Weg der Entwicklungsländer in den kommenden Jahrzehnten. Es muss verstärkt in erneuerbare und saubere Energiequellen sowie in effiziente Technologien investiert werden, um den Entwicklungsprozess voranzutreiben. Der Klimawandel richtet bereits heute Schäden in Milliardenhöhe an. Naturkatastrophen und Wetteranomalien werden in den kommenden Jahren voraussichtlich zunehmen. Viele Maßnahmen, wie der Bau von Dämmen, die Umstellung der Landwirtschaft auf veränderte Rahmenbedingungen oder der verbesserte Zugang zu Wasser, müssen realisiert werden. Als Sozialdemokraten setzen wir uns für eine glaubwürdige Klimafinanzierung ein, die nicht zu Lasten der Entwicklungszusammenarbeit gehen darf. Die EU muss zu ihrer Zusage stehen, zwischen 2010 und 2012 Mittel in Höhe von 7,2 Mrd. Euro an schneller Hilfe für die Unterstützung von sauberen Technologien, den Waldschutz und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zur Verfügung zu stellen. Außerdem sollte sich die EU frühzeitig zu einer finanziellen Zusage für die Jahre ab 2020 bekennen. Wir sehen einen jährlichen Betrag in Höhe von 30 Mrd. Euro als notwendige Summe an, die von der EU für den Klimaschutz in den Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt werden muss. Die Finanzierung des Klimaschutzes darf jedoch nicht in Konkurrenz zur Entwicklungszusammenarbeit stehen. Hier müssen wir zusätzliche Mittel aufbringen.

Wir setzen uns für die direkte Verwendung der Erlöse aus dem EU-Emissionshandel für die Klimafinanzierung ein. Wir wollen auch diejenigen in die Verantwortung nehmen, die in der Vergangenheit für nicht nachhaltige Wirtschaftsmodelle standen. Des Weiteren sollte die Transaktionssteuer auf den Finanzmärkten zur Klimafinanzierung beitragen.

Waldschutz international verankern

Die tropischen Regenwälder sind die „grüne Lunge“ der Welt. Länder wie Brasilien, Kongo und Indonesien absorbieren riesige Mengen klimaschädlicher Treibhausgase. Durch Raubbau, extensive Landnutzung und die damit verbundene Brandrodung verliert die Welt jedes Jahr große Mengen dieses natürlichen Klimaschutzpotentials. Hinzu kommt, dass durch Brandrodung das in den Wäldern gespeicherte CO₂ in die Atmosphäre entlassen wird und so einen zusätzlich negativen Einfluss auf das Klima hat. Leider besteht kein finanzieller Anreiz zum Schutz der

Wälder. Vielmehr stellt die Abholzung und Vermarktung ein unmittelbares wirtschaftliches Potential für die betroffenen Staaten dar.

Daher befürworten wir wirksame internationale Mechanismen zum Schutz der Wälder. Es liegt auch in unserer Verantwortung, die Lebensgrundlage indigener Völker, die Biodiversität und das Gleichgewicht des globalen Wasserhaushalts zu bewahren.

Technologietransfer fördern

Die Förderung effizienter und sauberer Technologien in Entwicklungs- und Schwellenländern stellt eine wichtige Herausforderung auch für die europäische Politik dar. Wir wollen unsere internationalen Partner bei der Nutzung dieser Technologien unterstützen, ohne dabei Know-How abfließen zu lassen.

Als SPD-Abgeordnete setzen wir uns deshalb für die Entwicklung geeigneter Mechanismen zur Weitergabe technologischer Neuerungen ein. Sie werden mittels Technologiepartnerschaften sowie unternehmerischer Zusammenarbeit realisiert.

Internationalen Luft- und Seeverkehr in ein Abkommen einbinden

Der internationale Luft- und Seeverkehr ist bislang im Rahmen weltweiter Vereinbarungen von Reduktionsverpflichtungen ausgenommen. Die Zuwachsraten der Emissionen aus diesen Sektoren in Folge der Globalisierung fallen weit überdurchschnittlich aus und haben steigenden Einfluss auf den Klimawandel. Die Europäische Union hat mit der Einbeziehung des internationalen Luftverkehrs in das EU-Emissionshandelssystem ab 2012 begonnen. Die internationalen Verhandlungen über weltweite Maßnahmen stocken jedoch in den zuständigen Organisationen für Luftverkehr (ICAO) und Schifffahrt (IMO). Wir arbeiten auf ein rasches internationales Abkommen mit verbindlichen Reduktionszielen hin, das notfalls auch außerhalb dieser Organisationen geschlossen werden könnte.

Gleichheitsgrundsatz in die internationalen Klimaverhandlungen einbringen

Die Klimaverhandlungen in Kopenhagen litten – wie bereits zuvor die Verhandlungen in Kyoto 1997 oder Bali 2007 – an einer fehlenden Vertrauensbasis zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Dies liegt unter anderem an der ungleichen Verteilung von Wohlstand in der Welt und so einen zusätzlich negativen Einfluss auf das Klima hat. Leider besteht kein finanzieller Anreiz zum Schutz der

Die SPD-Abgeordneten fordern daher die Einbeziehung des Grundsatzes der Klimagerechtigkeit in die internationalen Verhandlungen, mit dem die gegenseitige Vertrauensbasis zwischen den Verhandlungsparteien gestärkt werden kann. Langfristig wird der durchschnittliche CO₂-Ausstoß pro Person weltweit bei rund einer Tonne liegen müssen.¹ Mit dieser Zielvorgabe wird nicht nur eine Orientierung für kohlenstoffarme Wirtschaftspolitik sowie die Entwicklung neuer Technologien gegeben, sondern auch ein Leitprinzip für die weiteren Verhandlungen zur Überwindung des Ungleichgewichts zwischen Nord und Süd.

Klimadiplomatie ausweiten: Neue Partner gewinnen

Kaum eine Region der Welt verfügt über so viele internationale Partner wie Europa. Kaum eine Region der Welt ist so gut vernetzt wie Europa. Dennoch hat sich die EU im Vorfeld der Kopenhagener Klimakonferenz zu sehr auf einzelne große Staaten und zu wenig auf die vielen kleinen Staaten der Welt konzentriert. Europa muss sein diplomatisches Potential nutzen und noch stärker für den weltweiten Klimaschutz werben. Gleichzeitig wollen wir den am stärksten betroffenen Ländern – wie den Inselstaaten oder zahlreichen Staaten Afrikas – zeigen, dass wir sie unterstützen und in ein internationales Abkommen einbinden.

Daher fordern wir die Nutzung der EU-Außen- und Sicherheitspolitik für die Vorbereitung des Klimagipfels in Mexiko. COP 16 wird zum Testfall für Europas Klimadiplomatie. Gemeinsam mit der neuen EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton und der Klimakommissarin Connie Hedegaard müssen wir unsere Partnerschaften nutzen, um den internationalen Klimaschutz voranzutreiben und ein neues weltweites Wirtschaftsmodell zu schaffen.

Alternativen entwickeln: Eine „Allianz der Verantwortung“

Das Scheitern des Klimagipfels in Kopenhagen hat Zweifel an der Effektivität der Arbeitsmethoden der Vereinten Nationen aufkommen lassen und gleichzeitig die Erpressbarkeit der Weltgemeinschaft durch das Einstimmigkeitsgebot im Entscheidungsprozess aufgezeigt.

Als Sozialdemokraten unterstützen wir die Vereinten Nationen und sind der festen Überzeugung, dass sie der richtige Ort für die Entwicklung eines weltweiten Klimaschutzabkommens sind. Dennoch meinen wir, dass es über den UN-Prozess hinaus Möglichkeiten geben muss,

effektiven Klimaschutz zu organisieren. In einer „Allianz der Verantwortung“ sollten wir mit allen Staaten zusammenarbeiten, die Klimaschutz und den Kampf gegen die globale Erwärmung als drängende Aufgabe ansehen. Durch bilaterale wie multilaterale Projekte können weitreichende Konzepte entwickelt werden, die über den kleinsten gemeinsamen Nenner hinausreichen.

Unser 10-Punkte-Plan:

1. Europa muss ein 30-Prozent-Reduktionsziel für das Jahr 2020 beschließen.
2. Die Finanzierung des Klimaschutzes in den Entwicklungsländern muss vorangebracht werden – mit mindestens 7,2 Mrd. Euro für 2010-2012.
3. Es müssen Quellen für die langfristige Klimafinanzierung erschlossen werden.
4. Es muss ein internationales Abkommen zum Waldschutz geschlossen werden.
5. Es müssen Regeln für den Transfer von sauberen Technologien in Entwicklungsländer festgelegt werden.
6. Technologiekooperation muss gestärkt werden.
7. Internationaler Luft- und Seeverkehr müssen mit verbindlichen Zielen in ein weltweites Abkommen eingebunden werden.
8. Der Gleichheitsgrundsatz muss als langfristiges Ziel in die Klimaverhandlungen eingebracht werden.
9. Die Klimadiplomatie muss ausgeweitet werden.
10. Es müssen neue Allianzen für Verantwortung im Klimaschutz geschlossen werden.

Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die alle angeht. Durch ein internationales Abkommen muss der Prozess der globalen Erwärmung gestoppt werden. Wir Sozialdemokraten sehen den Klimaschutz als eine der wichtigsten Aufgaben für die kommenden Jahre an und werden dafür eintreten, dass durch den Klimawandel keine neuen sozialen Ungleichheiten entstehen.

Wir laden alle herzlich ein, uns dabei zu unterstützen.

Die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament
www.spd-europa.eu

¹ Dies gilt unter der Annahme, dass sich die Weltbevölkerung bis 2050 auf rund neun Mrd. Menschen erhöht und das weltweite Emissionsreduktionsziel von 50 Prozent gegenüber 1990 erreicht wird. Derzeit liegt der durchschnittliche CO₂-Ausstoß pro Kopf weltweit bei rund fünf Tonnen im Jahr.

Herausgeber: Die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament • V.i.S.d.P.: Bernhard Rapkay MdEP • Redaktionelle Mitarbeit: Severin Fischer, Petra Manderscheid-Wischermann, Hanno Pfeil • Redaktion: Helmut G. Schmidt • Gestaltung/Layout: Andrea Bendzko • Titelbild: NASA Goddard Space Flight Center/Reto Stockli • Druck: Courir Print Medien GmbH, Bonn



Internationaler Klimaschutz

Eine Strategie für Europa

Die SPD-Abgeordneten
im Europäischen Parlament

Herausgeber: Bernhard Rapkay MdEP (V.i.S.d.P.)
www.spd-europa.eu



Vorwort

Auf der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen wurde mit dem sogenannten Copenhagen Accord ein wichtiger Schritt in Richtung eines künftigen Klimaschutzabkommens gemacht. Erstmals ist es gelungen, das 2°C-Ziel für die maximale Erderwärmung international festzulegen. Dennoch fehlen nach wie vor wichtige Elemente, um zu einer wirksamen Begrenzung der Erderwärmung zu gelangen. Die Europäische Union hat sich in Kopenhagen dafür eingesetzt, einen rechtsverbindlichen Klimaschutzvertrag zu verabschieden. Leider sind noch nicht alle Staaten zu diesem Schritt bereit gewesen. Darum gilt es nun, einen neuen Anlauf zu nehmen, um beim nächsten Klimagipfel in Mexiko im Dezember 2010 zum Erfolg zu gelangen.

Klimapolitik gehört nicht erst seit Kopenhagen zu den wichtigsten und drängendsten Themen nationaler, europäischer und internationaler Politik. Klimapolitik geht über die Reichweite klassischer Umweltfragen hinaus. Klimapolitik steht für eine neue Grundausrichtung, u.a. in der Wirtschafts-, Energie-, Entwicklungs- und Technologiepolitik. Kaum ein anderes Thema berührt so viele Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens und fordert eine grundsätzliche Überprüfung und Neuausrichtung. Nachhaltigkeit muss dabei zum Leitmotiv der Politik werden. Durch unser Engagement und unseren Einfluss wollen wir Sozialdemokraten für Entscheidungen sorgen, durch die der Klimaschutz zum Vorteil für alle Teile der Gesellschaft gereicht.

Neben der Neugestaltung unseres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens in Europa dürfen wir die Entwicklungen in anderen Teilen der Welt nicht aus den Augen verlieren. Klimaschutz erfordert globale Lösungen, um wirksam zu sein. Dabei tragen die Industrieländer eine besondere Verantwortung. Dennoch werden sich in Zukunft auch die Schwellenländer an den Anstrengungen beteiligen müssen. Europa muss als gutes Beispiel vorangehen. So können wir zeigen, dass eine bessere Zukunft möglich ist.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten im Europäischen Parlament laden alle ein, sich über Ziele und Lösungen für den weltweiten Klimaschutz zu informieren und die politische Diskussion auf dem Weg nach Mexiko zu bereichern.

Jo Leinen MdEP

Vorsitzender des Ausschusses für Umweltfragen,
Volks Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
im Europäischen Parlament



Hintergrund: Die internationalen Klimaverhandlungen und der Gipfel in Kopenhagen

Rio-Konferenz, UNFCCC, Kyoto-Protokoll

Seit dem Umweltgipfel in Rio de Janeiro im Jahr 1992 und der damit verbundenen Gründung der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) findet die Bedrohung durch den Klimawandel fast überall auf der Welt Beachtung. Dennoch konnte erst im Jahr 1997 ein internationaler Klimavertrag verabschiedet werden, der konkrete Maßnahmen gegen die globale Erwärmung vorsah. Mit dem Kyoto-Protokoll wurden Reduktionsverpflichtungen für die Industrieländer bis zum Jahr 2012 beschlossen sowie Regeln für die internationale Kooperation in Klimaschutzfragen.

Das Kyoto-Protokoll ist jedoch früh von der Wirklichkeit eingeholt worden. Mit durchschnittlichen Emissionsreduktionen von nur fünf Prozent bis zum Jahr 2012, einer geringen Anzahl verpflichteter Industrieländer und der Weigerung der USA, das internationale Abkommen zu ratifizieren, konnte Kyoto nur als Etappensieg auf der Strecke zu einem globalen Klimaschutzvertrag verstanden werden.

Im Jahr 2007 einigten sich die Vertragsparteien der UNFCCC in Bali darauf, bis zum Klimagipfel in Kopenhagen ein neues internationales Abkommen zu verabschieden. In zwei Arbeitsgruppen sollten die Grundzüge eines zukünftigen Klimaschutzesystems erstellt werden. Beim 15. Treffen der Parteien (COP 15) im Dezember 2009 in Kopenhagen konnte dennoch keine umfassende Einigung erzielt werden. Auch schienen nicht alle Staaten der Welt von der Notwendigkeit eines umfassenden, rechtsverbindlichen Vertrags mit internationalen Kontrollmechanismen überzeugt.

Der „Copenhagen Accord“

In den letzten Minuten der Klimakonferenz in Kopenhagen nahm die Plenarversammlung der 192 Vertragsstaaten den Copenhagen Accord als Verhandlungsgrundlage für den weiteren Prozess zur Kenntnis. Mit dieser dreisei-

tigen Erklärung ist zwar nicht das Ziel erreicht worden, ein rechtsverbindliches Abkommen zu verabschieden. Dennoch konnten erstmals einige Rahmenbedingungen für den internationalen Klimaschutz festgelegt werden:

- Die globale Erwärmung muss unter 2°C stabilisiert werden.
- Industrieländer müssen sich dazu verpflichten, größere Reduktionsziele festzulegen.
- Schwellenländer müssen Pläne für eine klimaverträgliche Wirtschaftsentwicklung vorlegen.
- Klimaschutzmaßnahmen werden sowohl einer nationalen als auch einer internationalen Kontrolle unterworfen.
- Für Maßnahmen zur Reduzierung von Emissionen und für Projekte zur Anpassung an den Klimawandel wird den Entwicklungsländern von Seiten der Industrieländer für die Jahre 2010-2012 eine Unterstützung in Höhe von 30 Mrd. US-Dollar zur Verfügung gestellt.
- Ab 2020 sind jährlich 100 Mrd. US-Dollar vorgesehen, die über die Einrichtung eines „Green Fund“ gesteuert werden sollen.
- Die Notwendigkeit von Maßnahmen zum besseren Waldschutz, zum Technologietransfer und zur Einrichtung eines globalen Kohlenstoffmarktes wird bestätigt.
- Es sollen Anpassungsmaßnahmen und -programme für die am schwersten vom Klimawandel betroffenen Gegenden in Afrika und den kleinen Inselstaaten entwickelt werden.

Alle Mitglieder der UNFCCC wurden aufgefordert, bis 31. Januar 2010 ihre nationalen Klimaschutzziele an das Sekretariat der Klimarahmenkonvention in Bonn zu melden. Bis April 2010 hatten über 100 Staaten ihre Maßnahmen und Reduktionsziele benannt.

Kernpunkte einer neuen Klimastrategie für Europa

Wir Sozialdemokraten wollen umfassende und glaubwürdige Ziele beschließen, die gleichermaßen die historische Verantwortung der Industrieländer für den Klimawandel widerspiegeln, die Notwendigkeit der Einführung von Klimaschutzmaßnahmen durch alle Staaten der Welt einbeziehen und eine Zukunftsperspektive für kommende Generationen bieten.

Um die nächsten UN-Konferenzen erfolgreicher zu gestalten, setzen wir uns für folgende Maßnahmen ein:

Verbindliche Ziele für Industrieländer

Die Industrieländer sind für rund 75 Prozent der bislang in der Atmosphäre eingelagerten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Gleichzeitig liegt der Pro-Kopf-Ausstoß der westlichen Welt mit über zehn Tonnen pro Jahr weit über dem globalen Durchschnitt von rund fünf Tonnen. Die größte Verantwortung für die Bekämpfung des Klimawandels liegt bei der industrialisierten Welt, insbesondere den USA, Europa und Japan. Um das 2°C-Ziel mit hoher Wahrscheinlichkeit erreichen zu können, müssen die Industrieländer nach Berechnungen des Weltklimarates (IPCC) ihre Emissionen kollektiv bis zum Jahr 2020 um rund 25-40 Prozent gegenüber dem Wert von 1990 verringern; bis 2050 muss eine Reduktion von 80-95 Prozent erfolgen. Dies erfordert eine neue industrielle Revolution, die fossile Energieträger weitgehend ersetzt oder deren Einfluss auf das Klimasystem neutralisiert. Das Ziel eines kohlenstoffarmen Wirtschaftssystems bietet die Chance, eine neue und nachhaltige Entwicklung zu schaffen, die für hohen Wohlstand in allen Teilen der Welt sorgt.

Die Europäische Union hat im Jahr 2008 das Klima-Energie-Paket verabschiedet, mit dem die Weichen bis zum Jahr 2020 gestellt wurden: 20 Prozent Reduzierung der Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 sowie Erhöhung des Anteils Erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch auf 20 Prozent. Das Europäische Parlament und die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten haben ferner beschlossen, das CO₂-Reduktionsziel auf 30 Prozent zu erhöhen – sollte es ein internationales Abkommen geben, das vergleichbare Reduktionsziele für andere Industrieländer und entwickelte Schwellenländer vorsieht.

Wir SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament sind der Meinung, dass nach den enttäuschenden Erfahrungen des Kopenhagener Klimagipfels ein ehrgeiziges Ziel für

den Klimaschutz nötig ist, um international neue Dynamik zu schaffen und unsere Wirtschaft in Europa auf die Erfordernisse des 21. Jahrhunderts einzustellen. Auf sozialdemokratisches Drängen hat die Bundesregierung bereits die Reduzierung der deutschen Treibhausgasemissionen um 40 Prozent zugesagt. Deutschland muss den Ansatz einer „ökologischen Industriepolitik“ auch in Europa unterstützen. Durch gezielte europaweite Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 30 Prozent werden neue Technologien und neue Jobs geschaffen. So können wir unsere Vorreiterrolle im Klimaschutz auf den Weltmärkten ausbauen.

Gleichzeitig sollte die strategische Partnerschaft mit den USA, Japan und Russland, aber auch mit Schwellenländern wie China, Indien oder Brasilien für eine neue Klimaschutzdiplomatie genutzt werden, um bei der nächsten UN-Konferenz nicht isoliert dazustehen, sondern gemeinsam mit anderen Industrieländern vereint zum Erfolg zu gelangen. Europa muss glaubhaft zeigen, dass der Klimaschutz nicht nur Kosten, sondern jede Menge Chancen bietet.

Klimafreundliche Entwicklungspläne für Schwellenländer

Auch wenn die historische Verantwortung für den Klimawandel in erster Linie die industrialisierte Welt trifft, wird es erfolgreichen Klimaschutz nur gemeinsam mit den wachsenden Schwellen- und Entwicklungsländern geben. Bereits heute ist China der größte Verursacher von Treibhausgasemissionen. Auch Indien, Brasilien, Südafrika und andere folgen der westlichen Welt in der maßlosen Nutzung fossiler Rohstoffe für Wachstum und Entwicklung.

Die globalisierte Welt im 21. Jahrhundert erfordert neue Grundlagen für die internationale Kooperation. Der Grundsatz einer „gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung“ für den Klimawandel muss sich auch in der Übernahme von globaler Verantwortung durch die Schwellenländer widerspiegeln. Es ist nicht mehr zeitgemäß, die Welt nur in eine arme und eine reiche Hälfte aufzuteilen.

Die Schwellenländer müssen auf ihrem Weg zu einer klimafreundlichen Entwicklung unterstützt werden. Ebenso sind verbindliche und überprüfbare Klimaschutzmaßnahmen in den Schwellenländern notwendig, um effektiven, internationalen Klimaschutz organisieren zu können.